

Kurzprotokoll

Fachausschuss XII Kulturpolitik / per Videokonferenz

Datum:

Freitag, 15.05.2020

Zeit:

17.00 - 18.00 Uhr

Anwesende:

Barbara Scheffer, Wibke Behrens, Ingo Siebert, Martin Kromm, Frank Jahnke, Holger Bergmann (Gast), Daniel Buchholz, Christian Haß, Sarah Khan-Heiser, Vera Morgenstern, Matthias Böttcher, Christiane Timper, Jens Englert

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Annahme der TO
2. Ist-Stand Berlin
3. Bericht aus dem Landesvorstand
4. Bericht aus den Bezirken
5. Verschiedenes

Ad 1.

Zu Beginn der Sitzung berichtete unser Gast Holger Bergmann über eine Initiative des Vereins DIE VIELEN e. V., für die er sich mitverantwortlich zeichnete, den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag zu etablieren. Anders als in diesem Jahr, solle der 8. Mai nicht nur einmalig und auf das Land Berlin beschränkt, sondern dauerhaft und möglichst bundesweit zum Feiertag erklärt werden. Holger Bergmann verwies auf entsprechende, bereits länger existierende, Anregungen ehemaliger KZ-Häftlinge, des Auschwitz-Komitees, jüdischer Landesgemeinden und des DGB. Diese gelte es zu unterstützen, weil es Zeitzeugen kaum mehr möglich sei, einer Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen entgegenzuwirken. Bereits am 7. Mai dieses Jahres wurden deshalb 98000 Unterschriften einer Petition von der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano an die Bundestagsvizepräsident*innen Thomas Oppermann (SPD), Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Petra Pau (Die Linke) übergeben. Zwar seien Feiertage Ländersache, jedoch könne sich über den Bundesrat hierfür auch der Bund einsetzen.

Christian Haß nannte die Initiative eine Herzensangelegenheit, die vom Land Berlin, eventuell zusammen mit dem Land Brandenburg, eingebracht werden solle. Er sprach sich für einen Weg über den Berliner SPD-Landesparteitag, den Senat und das Abgeordnetenhaus aus. Wenn nicht bundesweit, solle der 8. Mai zumindest in den Ländern Berlin und Brandenburg gesetzlicher Feiertag werden.

Barbara Scheffer wies darauf hin, dass im Fachausschuss I bereits ein entsprechender Antrag formuliert worden sei.

Sarah Khan-Heiser merkte an, dass mit dem 8. Mai wichtige Debatten verbunden seien, warnte mit Blick auf kurze Schulwochen aber auch vor einem weiteren Feiertag im Mai. Sie verwies darauf, dass für die nächsten Jahrzehnte ein großes, nach Möglichkeit transnationales, Gedenkkonzept in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg nötig sei.

Frank Jahnke befürwortete den Antrag für den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag. Man solle sich mit dem Thema sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene auseinandersetzen.

Wibke Behrens regte eine Antragstellung nicht nur auf dem Berliner SPD-Landesparteitag, sondern auch vorher schon auf dem Bundesparteitag an. Sie begrüßte ein möglichst gemeinsames Vorgehen der Länder Berlin und Brandenburg und das Hinzuziehen weiterer Fachausschüsse.

Barbara Scheffer ist mit dem FA I in Kontakt und wird auch mit Raed sprechen.

Holger Bergmann erinnerte an Vorbehalte, die es gegen den 8. Mai als Feiertag gebe. Um diese abzubauen, wünsche er sich einen Perspektivwechsel. Dieser solle durch das Einbeziehen der Europäischen Idee und deren Weiterentwicklung in die Diskussion erfolgen.

Anschließend wurde der Antrag, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, von Martin Kromm verlesen. Auf ein Verlesen der Antragsbegründung wurde verzichtet. Bei der darauffolgenden Abstimmung waren die mit eingeschalteter Kamera an der Videokonferenz Teilnehmenden in der Mehrheit. Durch deren aller Kopfnicken oder der schriftlichen Zustimmung via Chat-Funktion, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ad 2.

Im Anschluss berichtete Frank Jahnke im Zusammenhang mit der Corona-Krise über den aktuellen Stand der Unterstützung für Kulturschaffende. Er berichtete über die Soforthilfe 4, die am 11. Mai angelaufen sei. Diese sei nötig, um auch Kultureinrichtungen mit über zehn Beschäftigten, genauer Vollzeitäquivalenten, Hilfe zukommen lassen zu können. Viele dieser Einrichtungen hätten derzeit keine Einnahmen, aber weiterhin Kosten, und würden normalerweise nicht oder nur gering gefördert. Die mit 30 Millionen Euro ausgestattete Soforthilfe 4 solle hier Abhilfe schaffen.

Bewerbungen um Mittel aus diesem Programm, so Frank Jahnke, müssten bis spätestens 15. Mai 2020 abgegeben worden sein. Am 19. Mai werde die fachliche Beurteilung erfolgen, danach treffe ein Bewilligungsausschuss die Entscheidung. Frank Jahnke stellte klar, dass es bei der Unterstützung ausschließlich um aktuelle Liquiditätssengpässe gehe. Das Programm sei in Hilfen bis 25.000 Euro und Hilfen über 25.000 Euro unterteilt. Bei Letzteren würde vor einer Entscheidung strenger geprüft. Bis zum 13. Mai sei bereits die Hälfte der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel beantragt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt seien 300 Antragsteller registriert worden, von denen 60 Prozent weniger und 40 Prozent mehr als 25.000 Euro Unterstützung beantragt hätten.

Anschließend äußerte sich Frank Jahnke zu den Öffnungsszenarien für kulturelle Einrichtungen. Er erinnerte daran, dass große Bühnen bis zum 31. Juli auf Beschluss des Senats geschlossen bleiben müssten. Es bestehe die Hoffnung auf eine Wiederöffnung zum Start der neuen Spielzeit im August oder September. Die Bedingungen hierfür seien derzeit allerdings noch unklar. Es sei mit einem Notprogramm zu rechnen, aufgrund der nötigen Sicherheitsmaßnahmen aber nicht mit Programmen mit vollbesetzten Sälen. Aus diesem Grund sei die Frage, ob sich für die Häuser eine Wiederöffnung überhaupt lohnen werde. Frank Jahnke verwies auf die Philharmonie. Diese werde wohl vor nur maximal 600 statt 2.000 Konzertbesucher*innen spielen dürfen. Sie dürfe jedoch auf Unterstützung hoffen, die aber auch andere Häuser nötig hätten. Als Beispiele nannte Frank Jahnke die Schaubühne und das GRIPS Theater. Als bisher schon stark geförderte Kultureinrichtungen könnten diese zwar nicht von der Soforthilfe 4 profitieren, benötigten aber eigentlich auch mehr Mittel aus dem Landeshaushalt.

In Bezug auf Bibliotheken verwies Frank Jahnke darauf, dass Ausleihen dort bereits schon jetzt wieder möglich seien. Die Lesesäle seien jedoch noch geschlossen. Was die Wiederöffnung angehe, setzten die Bibliotheken auf eine einheitliche Regelung. Am Ende seines Vortrags verwies Frank Jahnke auf eine Sitzung des Kulturausschusses am 25. Mai. Im Rahmen einer

Anhörung würden sich die Mitglieder an diesem Tag einen Gesamtüberblick über die aktuelle Situation im Bereich Kultur verschaffen.

Sarah Khan-Heiser verwies darauf, dass viele kulturelle Einrichtungen aufgrund des Ausfalls des Tourismus derzeit nicht genügend Publikum hätten. Um Einnahmen zu generieren, schlug sie einen Kultursommer mit Open-Air-Konzerten vor. Frank Jahnke sprach sich ebenfalls dafür aus, verwies allerdings darauf, dass eine Realisierung auch von der weiteren Entwicklung der Infektionszahlen abhängig sei. Daniel Buchholz (MdB) unterstützte das Vorhaben mit dem Hinweis, dass alle Veranstaltungen, die nicht in den Häusern durchgeführt werden könnten, im Freien stattfinden sollten.

In Bezug auf den gewünschten Stadtentwicklungsplan Kultur teilte Daniel Buchholz mit, dass dieser besprochen und in den AKs beschlossen worden sei. Allerdings fehlten noch die Haushälter. Die Angelegenheit werde jedoch weiter vorangetrieben. Zudem machte er auf ein Papier der SPD-Bundestagsfraktion aufmerksam. Dieses liste auf, in welchen Bereichen der Bund im Zuge der Corona-Krise noch helfend tätig werden solle. Aufgeführt seien u. a. Kinos, Filmförderung, Volksfeste und Märkte. Der Kulturbegriff sei in dem Schreiben somit sehr weit gefasst.

Zum Thema Bibliotheken ergänzte Vera Morgenstern, dass diese so ausgestattet sein sollten, dass sie künftig nicht mehr als Angebot für Ältere wegbrechen könnten.

Ad 3.

Zum Tagesordnungspunkt 3 gab es keine Wortmeldungen.

Ad 4.

Zum Tagesordnungspunkt 4 gab es keine Wortmeldungen.

Ad 5.

Zum Schluss wies Barbara Scheffer auf den nächsten Sitzungstermin hin. Dieser wurde auf den 19. Juni gelegt und findet erneut in Form einer Videokonferenz statt.

Jens Englert, Martin Kromm